

Untersuchungsausschuss Sozialbetrugsverdacht

Beweisbeschluss V (vom 14.12.2016)

Es soll Beweis erhoben werden zum Untersuchungsauftrag, speziell zu Arbeitsverträgen und (Schein-)Selbstständigkeit zur Erlangung von Sozialleistungen und zur Rolle der beteiligten Vereine, insbesondere durch folgende Fragen:

1. Welche Voraussetzungen bestanden und bestehen für den Bezug von Sozialleistungen durch EU-Bürger?
2. Wie und auf welche Art und Weise wurden durch die betroffenen Vereine die Voraussetzungen geschaffen bzw. vorbereitet, um für die Betroffenen den Bezug von Sozialleistungen zu ermöglichen?
3. Wie erfolgt die Antragprüfung in den betroffenen Behörden?
4. Welche einheitlichen Standards gibt es für die Antragsprüfung?
5. Wann traten die ersten Verdachtsfälle auf und wie wurde mit diesen Auffälligkeiten bzw. Hinweisen behördenintern und behördenübergreifend umgegangen?
6. Wie ist der Stand der Auf- und Abarbeitung der Verdachtsfälle im Jobcenter Bremerhaven und im Sozialamt Bremerhaven?
7. Welche personellen und organisatorischen Konsequenzen gab es aus den untersuchten Fällen? Welche Änderungen bei Verfahrensabläufen?
8. Wurden Strategien und Kontrollmechanismen zur Prävention entwickelt?
9. Hat es Auswirkungen auf die Arbeitslosenstatistik der Stadt Bremerhaven und des Landes Bremen gegeben?
10. Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen dem Magistrat, dem Jobcenter und dem Sozialamt Bremerhaven untereinander sowie mit Trägern und Vereinen in Bezug auf die im Raum stehenden Verdachtsfälle und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?
11. Welche gegenwärtigen und künftigen Schäden wurden für Bund, Land, Gemeinden und Sozialversicherungsträger ermittelt?
12. Gibt es weitere Geschädigte? Und wenn ja, welche?
13. Wie ist der Stand der Rückforderungen durch Behörden und Sozialleistungsträger? Sind Anstrengungen zur Vermögensabschöpfung unternommen worden?